Deputation für Bildung

(staatlich)

Sitzungsprotokoll der 12. Sitzung

16. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2003 - 2007

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
30. September 2004	**11.50 Uhr**	**12.40 Uhr**	**Georg-Büchner-Str. 5** **27574 Bremerhaven**

Teilnehmer/innen:
siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Genehmigung des Protokolls vom 02. September 2004	
TOP 3	Verschiedenes	
TOP 4	Belegungsverpflichtungen in der Gymnasialen Oberstufe	Vorlage L 57
TOP 5	Förderung zur Senkung der Wiederholerquote	Vorlage L 58 / G 70
TOP 6	Zeugnisordnung, Versetzungsordnung, Übergangs- und Überführungsverordnung	Vorlage L 59
TOP 7	Freiwillige Abschlussprüfungen am Ende des Schuljahres 2004/2005	Vorlage L 60

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 02. September 2004

Das Protokoll vom 02. September 2004 wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 3 Verschiedenes

1. Ein Bericht zur Abfrage zur **Schulvermeidung für Bremerhaven** wurde verteilt.

2. Die **Terminvorschläge der Deputation für Bildung für das Jahr 2005** wurden verteilt.
   Die Deputation für Bildung vereinbart die folgenden Termine:

   20. Januar 2005, 10:00 Uhr
   17. Februar 2005, 10:00 Uhr
   28. April 2005, 10:00 Uhr
   09. Juni 2005, 10:00 Uhr
   07. Juli 2005, 10:00 Uhr
   08. September 2005, 10:00 Uhr
   06. Oktober 2005, 10:00 Uhr

24. November 2005, 10:00 Uhr

3. Der **Berufsbildungsbericht 2004** wurde verteilt.

4. Der **Projektbericht zum Tutorenprogramm** wurde verteilt.

5. Das aktuelle **Verzeichnis der Schulen im Lande Bremen** wurde verteilt.

6. Senator Lemke berichtet hinsichtlich der **Haushaltslage Bremens**, dass zusätzlich zu den großen Problemen im Sozialhilfehaushalt durch das Nichtzustandekommen des Solidarpaktes deutliche Einsparungen im Haushalt 2004 in allen Bereichen notwendig seien. Nach der Kürzung von 1,6 Mio. Euro sei es absehbar, dass im Personalhaushalt des Bildungsbereichs ein Minus von 1,3 Millionen Euro entstehen werde. Dennoch könne auf die Neueinstellungen von Lehrkräften zum 01. November 2004 nicht verzichtet werden. Es werde alles unternommen, dass das Haushaltsjahr nicht mit einem Defizit abgeschlossen werden müsse. Zusätzliche Probleme sind dadurch aufgetreten, dass die Steigerungsraten der Ausgaben des Gesamthaushaltes über die zugestandene Rate von 0,5 % zu gehen droht. Hier gibt es für den Bildungsbereich wahrscheinlich die Möglichkeit, durch Instrumente der Haushaltstechnik Kürzungen zu verhindern. Frau Janssen weist darauf hin, dass der städtische vom Landeshaushalt klar getrennt sein muss. Frau Moning antwortet, dass beide Haushalte nicht vermischt würden, die Schulbudgets sind nicht bedroht, ein Instrument der Haushaltstechnik sei beispielsweise die Übertragung der Lernbücher vom konsumtiven in den investiven Haushalt. Sie weist darauf hin, dass es möglicherweise in den nächsten Jahren erneut zu Haushaltsproblemen kommen könne. Frau Stahmann ergänzt, dass der Haushalts- und Finanzausschuss für die Problematik der Schulbudgets sensibilisiert wurde. Frau Bird (ZEB Bremerhaven) fragt, ob die Lern- und Lehrmittelfreiheit weiter gesichert sei. Senator Lemke antwortet, dass diese Frage sicherlich in Kürze ausführlich beraten werden müsse.

7. Herr Rohmeyer fragt, wer die Teilnahme Bremens an **VERA** beschlossen habe, und welche Kosten durch die Teilnahme entstünden. Senator Lemke weist auf das große Interesse Bremens an der Teilnahme an Vergleichsarbeiten hin und dass die Rückmeldung durchweg sehr positiv seien. Für die Zukunft sei es notwendig, die Art der Aufgabenstellung zu überprüfen. Die entstandenen Kosten für die Teilnahme fallen im Vergleich zu den gewonnen Erkenntnissen nicht ernsthaft ins Gewicht. Frau Stahmann bittet um eine ausführliche Vorlage zu diesem Thema in der nächsten Sitzung.

8. Frau Allers fragt, ob es ins Belieben der Lehrkräfte gestellt sei, ob sie die **vereinfachte Ausgangsschrift** oder eine andere Schrift unterrichteten, sie bittet dazu um einen Sachstandsbericht. Herr Henschen antwortet, dass dies tatsächlich dem fachlich-methodischen Urteil der einzelnen Lehrkräfte unterliege. Hier sei ein Sachstandsbericht mit Problemaufriss erforderlich.

9. Frau Böschen bittet um einen **Sachstandsbericht zur Ausbildungssituation** im Lande Bremen.

10. Frau Stahmann fragt, ob der Senat ebenfalls **Bestrebungen zum Austritt aus der KMK** verfolge. Senator Lemke verneint dies und betont, dass die KMK eigene Anstrengungen zur Weiterentwicklung unternehme.

11. Herr Rohmeyer fragt, wann mit dem **LRS-Erlass** zu rechnen sei. Herr Henschen antwortet, dass die Vorlage zur November-Sitzung der Deputation vorgelegt werde.

12. Senator Lemke kündigt einen Bericht zur **Kooperation zwischen dem Alfred-Wegener-Institut und der Gymnasialen Oberstufe** in Bremerhaven an.

Senator Lemke sagt die Beantwortung der offenen Fragen zur nächsten Sitzung der Deputation für Bildung zu.

TOP 4 Belegungsverpflichtungen in der Gymnasialen Oberstufe Vorlage L 57

Frau Stahmann erklärt, dass die Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen sich bei der Abstimmung enthalten werde, da sie größere Freiheiten der Schulen für erforderlich halte. Darüber hinaus hält sie die regionale Kooperation häufig für nicht ausreichend.

Beschluss (bei 2 Enthaltungen von Bündnis 90/ Die Grünen):

Die Deputation für Bildung stimmt der Flexibilisierung der Belegungsauflagen für Fächer und Stunden in der Gymnasialen Oberstufe zu.

TOP 5 Förderung zur Senkung der Wiederholerquote Vorlage L 58 / G 70

Der TOP wurde bereits unter dem TOP 7 städtisch behandelt.

Beschluss (bei 2 Gegenstimmen von Bündnis 90/ Die Grünen):

Die Deputation nimmt das Konzept zur Förderung versetzungsgefährdeter Schülerinnen und Schüler zur Kenntnis.
Die Deputation bittet zur Sitzung im Januar 2005 um einen Sachstandsbericht über die konkreten Vorbereitungen der dargestellten Maßnahmen.

TOP 6 Zeugnisordnung, Versetzungsordnung, Übergangs- und Überführungsverordnung Vorlage L 59

Frau Böschen beantragt, aufgrund des weiteren Beratungsbedarfs und der Dringlichkeit des Beschlusses, die Übertragung der formalen Abstimmung auf die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen. Senator Lemke erläutert, dass ein grundsätzlicher Kompromiss gefunden wurde und er es bedauere, dass kein entsprechender formaler Beschluss gefasst werden könne. Frau Stahmann führt aus, dass sie Noten generell für kontraproduktiv halte und deshalb die Vorlage ablehne. Frau Kiese (ZEB) betont, dass die ZEB´s den ausgehandelten Kompromiss hinsichtlich der Notenvergabe in der Grundschule bedenklich finden und weist auf den Brief der Beiräte hin. Sie vertritt die Auffassung, dass Entscheidungen über die pädagogischen Konzepte nicht von Politikern sondern von pädagogischen Fachleuten getroffen werden sollen. Herr Breiter (PR-Schulen) kritisiert, dass der § 18 der Qualitätssicherung nicht dienlich sei. Seiner Ansicht nach handelt es sich um einen politischen und nicht um einen pädagogischen Kompromiss, der den Kindern schade und den Lehrkräften Mehrarbeit beschere. Frau Voigt (GSV) betont, dass die Gesamtschülervertretung Noten an sich ablehne. Sie kritisiert die Verschärfung der Fehlzeitenregelung und fragt, ob die in § 4 aufgeführten Regelungen auch für das Abiturzeugnis gelten. Herr Henschen antwortete, dass im Abiturzeugnis genauso wie in anderen Zeugnissen nur die unentschuldigten Fehlzeiten aufgeführt werden. Frau Voigt (GSV) bemängelt, dass bei den Oberstufenzeugnissen Noten für ein Halbjahr, die Fehlzeiten jedoch für das ganze Jahr angegeben werden. Senator Lemke weist darauf hin, dass es von Seiten der Schulleitungen bisher nur positive Rückmeldungen hinsichtlich der Aufnahme von unentschuldigten Fehlzeiten in die Zeugnisse gegeben habe und ein deutlicher Rückgang unentschuldigter Fehlzeiten zu verzeichnen sei.

Beschluss (bei 2 Enthaltungen von Bündnis 90/ Die Grünen)

Die Deputation für Bildung überträgt die Beschlussfassung an die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen.

TOP 7 Freiwillige Abschlussprüfungen am Ende des Schuljahres 2004/05 Vorlage L 60

Herr Rohmeyer begrüßt die Vorlage als wichtigen Schritt zu Abschlussprüfungen..

Beschluss

Die Deputation nimmt die Richtlinie „Freiwillige Abschlussprüfung im Schuljahr 2004/2005“ zur Kenntnis.

Senator Sprecherin Protokollantin